



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich Fraktion GRÜNE Bergedorf Fraktion DIE LINKE	Drucksachen-Nr.: 22-0159
	Datum: 26.11.2024
Aktenzeichen:	

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
	Bezirksversammlung Bergedorf	28.11.2024

Maßnahmen zur Sicherung gefährdeter Arten - Schutz und Förderung der Igelpopulation - erg. Fassung

Sachverhalt:

Antrag
der BAbg. Brodbeck, Potthast, Bendt-Soetedjo und der Fraktion der GRÜNEN
BAbg. Feiler-Siegert, Graßhoff, Cantay, Jobs - Fraktion DIE LINKE

Der Braunbrustigel (*Erinaceus europaeus*) ist Wildtier des Jahres 2024, gewählt von der Deutschen Wildtier Stiftung. Diese Wahl ist ein dringender Weckruf: Der Igel, Symbol für Artenvielfalt in unseren Gärten und Grünanlagen, steht mittlerweile auf der Vorwarnliste der Roten Liste der Säugetiere. Sein Rückgang ist ein Spiegel des massiven Biodiversitätsverlusts, der nicht nur den Igel, sondern auch zahlreiche andere Arten bedroht.

In unserer modernen Agrarlandschaft fehlt es an Hecken, Knicks und unberührten Flächen. Doch auch in städtischen Gebieten kämpft der Igel ums Überleben: Betonierete Vorgärten, Schotterflächen, kurzgemähte Rasen und undurchlässige Zäune machen es ihm schwer, Nahrung, Unterschlupf und Reviere zu finden. Zusätzlich bedrohen moderne Technologien wie Mähroboter und Rasentrimmer das Leben der nachtaktiven Tiere – eine Überlebensstrategie wie das Einrollen schützt nicht vor ihren Klingen.

Eine Studie von 2021 der Universitäten Aalborg und Oxford verdeutlichte das Ausmaß der Gefahr: Kein getesteter Mähroboter erkannte einen Igel rechtzeitig, wodurch schwere Verletzungen und sogar Todesfälle verursacht wurden. Es liegt in unserer Verantwortung, diese Gefahren zu minimieren und Lebensräume naturnah zu gestalten.

Petition/Beschluss:

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:

Die Bezirksamtsleitung wird gebeten:

1. Maßnahmen zur Habitatverbesserung im urbanen Raum zu prüfen, insbesondere durch:
 - a) Extensivere Pflege von Parkanlagen und öffentlichen Grünflächen,
 - b) Anlage von Blühflächen,
 - c) Förderung einheimischer Pflanzenarten.
2. Die zuständige Fachbehörde zu ersuchen:
 - a) Zu prüfen ob durch eine Informationskampagne besser auf die Gefahren durch Mähroboter und die Vorteile naturnaher Gartengestaltung aufmerksam gemacht werden kann,
 - b) Ein Nachfahrverbot von Mährobotern in der Nacht und Dämmerung zu prüfen.
3. Den Senat zu bitten, sich auf Bundesebene für strengere Standards in der „Igelfreundlichkeit“ von Mährobotern und deren verpflichtende Testung einzusetzen.
4. Dem Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz bis Mai 2025 über die Umsetzung zu berichten.

Anlage/n:
